

Rheinmetall und die Nazis

Der deutsche Rüstungskonzern schreibt Rekordgewinne – dank dem Ukraine-Krieg. So gut ging es ihm seit Hitlers Russland-Feldzug nicht mehr.

Philipp Gut

Rheinmetall erhalte «einen Rekordertrag nach dem anderen», berichtet die *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*. Der Grund: der Ukraine-Krieg. Der Rüstungskonzern bezeichnet sich selbst als «starken Partner an der Seite der Ukraine». Mit «umfangreichen Lieferungen und Unterstützungsleistungen» sei Rheinmetall «inzwischen der wichtigste rüstungsindustrielle Partner des Landes bei seinem Abwehrkampf gegen die russische Aggression». «Wir liefern», schreibt Rheinmetall in Grossbuchstaben auf seiner Website. Dazu gehören Munition, die Schützenpanzer Marder und Lynx, die Kampfpanzer Leopard 1 und Leopard 2, der Flak-Panzer Gepard und das Flugabwehrsystem Skynex, weiter militärische Nutzfahrzeuge und Aufklärungssysteme zur Drohnenabwehr. Für Service und Unterhalt hat Rheinmetall in der Ukraine, aber auch in Litauen «Instandsetzungsstützpunkte» errichtet. Neben der Ukraine vergeben auch die deutsche Bundesregierung und weitere Drittstaaten Aufträge an Rheinmetall für Kiew.

Arbeit und Tod wurden Synonyme

Die Waffenschmiede vom Rhein, beheimatet in Düsseldorf, begleitet die fulminante Marktentwicklung mit einer PR-Offensive. «Taking responsibility in a changing world» («Verantwortung übernehmen in einer sich verändernden Welt») lautet ihr Werbeslogan. Ebenfalls unter dem Schlagwort «Verantwortung übernehmen» preist Rheinmetall ihren Einstieg ins Fussballbusiness an: Neu ist sie Grosssponsor und «Champion Partner» des Bundesligaklubs und Champions-League-Finalisten Borussia Dortmund (BVB). «Mit dem BVB und Rheinmetall haben sich zwei Partner gefunden, die mit ihren Ambitionen, ihrer Haltung und ihrer Herkunft gut zueinander passen», verkündet Armin Papperger, Vorsitzender des Vorstands der Rheinmetall AG.

Nun ja, mit dieser Herkunft ist es aus historischer Perspektive so eine Sache. Rheinmetall, damals fusioniert zur Rheinmetall-Borsig AG, war ein führender Rüstungskonzern des Dritten Reichs unter Adolf Hitler. Beschäftigt das



«Vernichtung durch Arbeit»: Kampfpanzer «Panther KF51» von Rheinmetall.

Unternehmen heute, wo das Geschäft mit dem Krieg wieder brummt, rund 33 700 Mitarbeiter, so waren es damals bis zu 85 000. Viele davon waren Zwangsarbeiter. Dazu liest

Über das Schicksal der Rheinmetall-Zwangsarbeiter liest man auf der Website nur einen einzigen Satz.

man auf der Website nur einen knappen Satz: «Massenweiser Einsatz von deutschen und ausländischen Zwangsarbeitern in allen Werken der Rheinmetall-Borsig AG.»

Die Zwangsarbeiter, darunter zahlreiche Frauen, waren in Produktionsstätten und Munitionsfabriken für Rheinmetall-Borsig tätig, die Konzentrationslager der SS bildeten dafür ein unerschöpfliches Arbeitskräftereservoir: in Sömmerda unweit des Konzentrationslagers Buchenwald, in Hundsfeld, das zum Konzentrationslager Gross-Rosen gehörte, oder in Unterlüss, einem Aussenlager des Konzentrationslagers Bergen-Belsen, um

nur ein paar zu nennen. Die Arbeitslager wurden ständig aus den KZ «aufgefüllt», wie Benjamin Ferencz, Chefankläger von Nürnberg, in seinem historischen Bericht «Lohn des Grauens» über die «verweigerte Entschädigung für jüdische Zwangsarbeiter» schreibt.

Die Insassen schufteten unter Bedingungen, die «Arbeit» und «Tod» zu Synonymen machten. «Die jüdischen Zwangsarbeiter hatten einen noch geringeren Status als Sklaven.» Denn Sklavenhalter sorgten für ihren menschlichen Besitz und versuchten, ihn zu erhalten. «Der Plan der Nazis war es jedoch, die Juden zu verbrauchen und dann zu verbrennen», wenn sie nicht bereits bei der Arbeit ums Leben kamen. Die Nationalsozialisten nannten das «Vernichtung durch Arbeit».

In der Munitionsfabrik von Rheinmetall-Borsig beim KZ-Aussenlager Unterlüss waren die Zwangsarbeiterinnen schutzlos Chemikalien ausgesetzt, die zu Vergiftungen und Verätzungen führten. Aber selbst als die Fabriken unter dem Vormarsch der Alliierten aufgelöst wurden, war der Horror für die Insassen nicht

vorbei. So wurden die Lager von Hundsfeld am 25. Januar 1945 evakuiert. Drei Tage und drei Nächte lang wurden die Häftlinge durch Schnee und Kälte nach Gross-Rosen getrieben. Wer stolperte oder hinfiel, wurde erschossen. Von Gross-Rosen aus verfrachtete man sie nach Mauthausen und nach Bergen-Belsen. Diejenigen, die den Todesmarsch überlebten, wurden dort am 15. April 1945 von britischen Truppen befreit.

Eine gewisse Vergangenheit

Ferencz kämpfte nach dem Krieg dafür, dass die Opfer der Zwangsarbeit von den deutschen Firmen entschädigt wurden, was nur in Ausnahmefällen gelang. Ein besonders interessanter Fall war derjenige von Rheinmetall. Er enthielt alles, was ihn zu einem Politthriller erster Güte machte: juristische Streitigkeiten, die bis vor das Bundesverfassungsgericht getragen wurden, die Einmischung höchster Regierungsstellen in Deutschland und den USA, einen umstrittenen Waffendeal, eine empörte Öffentlichkeit und Protagonisten, die verschiedener nicht hätten sein können.

Auf der einen Seite standen zwei junge jüdische Frauen, die von Rheinmetall-Borsig als Arbeitssklavinnen beschäftigt worden waren, auf der anderen die mächtigen Firmenbosse eines Rüstungsbetriebs, von denen mehrere aktive Nazis gewesen waren. Der Spiritus Rector der jüdischen Verhandlungsdelegation im Ringen um Entschädigungszahlungen für die Opfer war Benjamin Ferencz, im gegnerischen Lager führte der Anwalt und stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende von Rheinmetall, Otto Kranzbühler, das Wort. Auch er hatte eine gewisse Vergangenheit: Er war so etwas wie das Schwergewicht unter den Verteidigern der Angeklagten an den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen gewesen. Auf seine Dienste zählten Grossadmiral Karl Dönitz, Alfred Krupp, Odilo Burkart, der Generalbevollmächtigte von Friedrich Flick, und Hermann Schmitz, der Vorstandsvorsitzende der I. G. Farben. Nun ging die Auseinandersetzung unter anderen Vorzeichen in eine neue Runde.

Den Beginn markierten die am Jahresende 1957 eingereichten Klagen der beiden ehemaligen Zwangsarbeiterinnen, deren aus der Tschechoslowakei stammende Familien in Auschwitz ermordet worden waren. Das Amtsgericht Berlin-Charlottenburg lehnte ihre Begehren am 15. November 1959 ab. Ihre Fälle landeten schliesslich vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe, der die Klagen im Februar 1963 und März 1964 als unbegründet zurückwies. Die deutschen Richter interpretierten den Einsatz von KZ-Insassen als Teil der Kriegsanstrengungen des Reichs. Nach ihrer Auffassung konnten die Ansprüche von Angehörigen fremder Nationen, die als Zwangsarbeiter beschäftigt worden waren, nur

in einem abschliessenden Friedensvertrag behandelt werden.

Doch das Drehbuch änderte sich dramatisch, als amerikanische Medien im November 1964 von einem bevorstehenden Rüstungsdeal zwischen Rheinmetall und den Vereinigten Staaten berichteten. Ferencz erkannte das Potenzial des Deals für den Entschädigungspoker. Da Rheinmetall freiwillig nicht zu einer Zahlung bereit war und die «ruhige Diplomatie» im Hintergrund gescheitert war, wählte er den Weg «hinein ins Licht der amerikanischen Öffentlichkeit».

Gleichzeitig informierte er die Regierungen der BRD und der USA. Das wirkte. «Pentagon unter Beschuss wegen Waffenhandel» titelte die *New York Times* am 6. Februar 1966. Mehrere Kongressabgeordnete brachten Gesetzesvorlagen ein, die den Kauf von Waffen und Munition von ausländischen Firmen verbieten sollten, die Zwangsarbeit beansprucht hatten und sich weigerten, Kompensation zu leisten.

Spiegel verteidigt Zwangsarbeit

Anders die Stimmungslage in Deutschland. Der *Spiegel*, der sich gerne als «Sturmgeschütz der Demokratie» inszenierte, schlug sich auf die Seite von Rheinmetall und schoss gegen Ferencz, der «einen Kanonen-Song gegen die Sklaventreiber vom Rhein» anstimme. Die Forderungen der ehemaligen jüdischen

Auch Jahrzehnte nach dem Krieg zeigten die Industriellen keinerlei Einsicht.

Zwangsarbeiter seien «weder rechtlich noch moralisch begründet». Ähnlich argumentierte auch Rheinmetall.

Es brauchte den Druck des amerikanischen Verteidigungsministers Robert McNamara und seines deutschen Amtskollegen Kai-Uwe von Hassel, die sich letztmals in dieser Angelegenheit am Freitag, dem 13. Mai 1966, in

Washington trafen. Ferencz hielt sich zu dieser Zeit in der Nähe von Bonn auf. Als er am frühen Samstagmorgen das Radio anschaltete, teilte der amerikanische Soldatensender mit, die US-Armee habe «die umstrittenen Waffen» erworben. «Es ist das erste Mal, dass die Vereinigten Staaten einen grösseren Rüstungsauftrag an die Bundesrepublik vergeben», kommentierte die *Welt*. Die internationale Ausgabe der *New York Times* titelte: «Juden müssen für Sklavenarbeit bezahlt werden – Washington und Bonn erzwingen von einer Firma Kompensation».

Rheinmetall zahlte tatsächlich nur widerwillig und bestritt in der Öffentlichkeit konsequent, irgendwelche Entschädigungsforderungen anerkannt zu haben. Noch weitere Jahrzehnte lehnte das Unternehmen, das sich heute so lautstark rühmt, «Verantwortung» zu übernehmen, jede historische Verantwortung

für die Ausbeutung Tausender Zwangsarbeiter unter unmenschlichen bis tödlichen Bedingungen ab. Die Überweisung von insgesamt 625 000 Dollar – rund 2,5 Millionen Mark – an die federführende Claims Conference sei «allein im Hinblick auf einen uns in Aussicht gestellten Auftrag erfolgt», betonte ein Rheinmetall-Vorstandsmitglied auch später noch. Der Betrag erlaubte nur eine beschränkte Entschädigung einer Auswahl jüdischer Zwangsarbeiterinnen, viele bekamen nichts.

Trotz einiger spektakulärer Verhandlungserfolge, die beidseits des Atlantiks für Aufsehen sorgten, zieht Ferencz in seiner Studie eine kritische Bilanz: «Von den Hunderten deutscher Firmen, die KZ-Insassen missbrauchten, lassen sich diejenigen, die den Überlebenden der Lager etwas zahlten, an den Fingern einer Hand abzählen.» Das Verhalten von Rheinmetall war symptomatisch für die Haltung der deutschen Industrie, die im Nationalsozialismus Zwangsarbeiter beschäftigt hatte. Sie rechtfertigte das von ihr verübte Unrecht als militärische Notwendigkeit.

Auch Jahrzehnte nach dem Krieg zeigten die Industriellen keinerlei Einsicht. Nicht eine einzige deutsche Firma, die Sklavenarbeiter eingesetzt hatte, konnte sich dazu durchringen, freiwillig eine symbolische Wiedergutmachung zu leisten. «Selbst jene wenigen Unternehmen, die etwas zahlten, taten das unter Umständen, die anzeigten, dass ihre Motivation nicht in der Hilfe für die ehemaligen Zwangsarbeiter lag, sondern eher im Nutzen, den sie daraus für sich selbst ziehen konnten», so Ferencz.

Der Fall Rheinmetall zeigt das exemplarisch: Das Unternehmen zahlte nur, weil es sich dadurch einen lukrativen Rüstungsauftrag erkaufte.



«Lohn des Grauens»: Chefankläger Ferencz.

